

Die preussische Regierung kann mit dem Ab-
geordnetenhaus, noch immer zu keinem Verständniß
gelangen. In der Sitzung am 8. Jan. besteht die
Regierung nachdrücklich das Recht des Hauses auf
Controle des Staatsvermögens, welches der König
als Repräsentant des Staates verwaltet. Die Ver-
fassung kenne diese Controle nicht. Der Ausschuß
beschloß den Antrag, das Haus solle die Deckarge
(Rechnungsablage) für die Rechnungen d. r. Jahre
1859 bis 1861 verweigern, bis die Regierung den
Specialnachweis wegen des Staatsbankrotts geliefert
habe.

Nach der Frankfurter „Post-Zeitung“ hat
der Minister von d. r. Bforden in der am 7. d. M.
abgehaltenen Bundestagsitzung den Ausschußbericht
vorgelegt, in dem ausgeführt wird, daß der Lon-
doner Tractat vom 8. Mai 1852 vom Standpunkt
der absoluten Gerechtigkeit unbillig, unter den
Gesichtspunkt des Völkerrechts illegal und eine Ver-
letzung der Rechte Deutschlands und der Herzog-
thümer sei.

Dänische Deserteure treffen täglich ungefähr 20
Mann bei den Bundesstruppen ein und werden
nicht zurückgewiesen, wie es erst hieß.

General v. Hake hat bei Hamburg Unter-
suchungen anstellen lassen, wie der Uebergang der
demnächst einzutreffenden preussischen Truppen über
die Elbe am schnellsten zu bewerkstelligen sei. Da
die Elbe stark mit Eis belegt ist, können Dampf-
die Verbindung mit Hamburg nicht mehr vermitteln.

Hake verlangt schließlich 15,000 Mann Besat-
zung, um die Dänen aus den sechs holsteinischen
Dörfern mit Gewalt zu vertreiben. Für Anmarsch der
Danenwerke wäre jetzt der geeignetste Zeitpunkt; sämt-
liche Sümpfe sind practicabel und die Elbe fast
gefroren. Herzog Friedrich hat geäußert, daß er
auf keinen Fall auf Ansuchen des Bundesstaates sein
Land verlassen werde.

Der Erzbischof von Freiburg hat eine Kopfs-
steuer zu Gunsten des Papstes ausgeschrieben. Je-
der Familienvater soll monatlich 1 Kreuzer zahlen.

Oesterreich hat in der schleswig-holsteinischen
Frage durchaus nicht andere Interessen mit Preu-
ßen; erstens fürchtet es die erweiterte Machtstellung
Preußens an der Nord- und Ostsee, wenn die bei-
den Herzogthümer einen selbstständigen Staat bilden,
und zweitens fürchtet es durch einen Rücktritt vom
Londoner Protokoll für seine Besitzungen in Italien,
welche zu bedrohen Victor Emanuel mit englischer
Hilfe nicht erlangen würde. Es soll im Wille
sein, daß Oesterreich und Preußen, wenn der Bund
die Besetzung Schleswigs als Riandnahme ablehnt,
Schleswig besetzen. Aber das Nationalgefühl sträubt
sich dagegen, anzunehmen, daß beide deutsche Groß-
mächte diese Action dazu benutzen könnten, dem
Herzog Friedrich sein rechtmäßiges Erbe zu ver-
schließen. In der Sitzung der Anleihe-Commission
hat v. Bismarck die Competenz des deutschen Bun-
des, über die Erbfolgefrage zu entscheiden, bestritten,
und politische Fragen seien keine Rechtsfragen, son-
dern nur Fragen der Macht. Preußen könne sich
nicht majorisieren lassen etwa durch eine Majorität,
die ein paar Millionen repräsentire; die deutschen

Großmächte seien das Blockhaus, welches den deut-
schen Bund vor europäischem Zugwunde schütze. Bis
jetzt haben uns die beiden Großmächte nicht einmal
vor dem schwachen Nordwinde, der von dem kleinen
Dänemark her weht, geschützt. Das berlinische Ein-
verständnis zwischen Oesterreich und Preußen herrscht
in Berlin vollständig; ein fester Plan zur Occupa-
tion Schleswigs soll bereitet sein. Energetische Actionen
würden nächstens an die Mittel- und Rheinländer
Deutschlands zur Niederhaltung der „Revolution“
ergehen, so nennt man in Berlin und Wien die
gegenwärtige nationale Bewegung in Deutschland.

In Wien ist man über den Gang der schles-
wig-holsteinischen Frage und über die Willkür sehr
verstimmt und in Verlegenheit. Die Königsrede
Victor Emanuels, die dieser nicht ohne Zustimmung
Frankreichs gehalten haben kann, hat eben so allge-
mirt, wie die Nachricht, England werde vorzüglich
zum Schutz seiner Diplomatie in Kopenhagen und
zur Wahrung seiner Interessen eine Arbeitung der
Canalflotte in die Ostsee einlaufen lassen. Einen
Eindruck hat aber vor Allem der Bundesbeschluß
gemacht, dem zufolge der Herzog Friedrich nicht
aufgefordert werden soll, sich aus Holstein zu ent-
fernen, wozu noch die officielle Ausrufung der Bundes-
Commission kommt, der Herzog mache ihnen durch
sein Ausbleiben durchaus keine Ungewissheiten.
Oesterreich muß entweder in den taubsten Winkel
beugen und sich mit dem Beschlusse anziehen
lassen oder den ganzen Bund, zu dessen Herrn es
sich vor fünf Monaten noch anzuwenden wollte,
sprengen. Zu einer solchen Altzerration hat es be-
reits Reichberg durch seine unkluge Politik gebracht;
die deutsch-dänische Frage, welche, wenn recht an-
gegriffen, ganz dazu angethan wäre, Oesterreichs
Sympathien in Deutschland zu stärken, wird für
lange Zeit nicht nur eine tiefe Spaltung zwischen
Oesterreich und den Mittelstaaten herbeiführen, son-
dern auch eine andauernde Verstimmung der deut-
schen Nation gegen den Wiener Kaiserstaat zu Wege
bringen. Wer weiß, ob die plötzliche Freundschaft
Preußens gegen Oesterreich nicht den Zweck hat,
ihm diejenigen deutschen Staaten zu entzweien,
welche zur Zeit des sogenannten Reformversuchs zu
Oesterreich standen. Die englische Zeitung „Times“
glaubt eine Campaigne in Schleswig als ziemlich
sicher vermuthen zu können. Sie stellt aber dabei
die kriegerische Einmischung Englands nicht im
Auesicht; wohl habe England Sympathien für das
Königreich Dänemark, dessen König Schwiegerpater
des englischen Kronprinzen ist, aber bis zu thätiger
Kriegeshilfe sei noch ein weiter Schritt. England
gibt sich alle erdenkliche Mühe, einen Congreß über
die schleswig-holsteinische Frage zu Stande zu
bringen, allein seine Vorschläge finden weder in
Frankfurt noch in Paris günstige Aufnahme, wie
die französische Zeitung „Constitutionnel“ mit un-
verholener Freude bestätigt. Da Deutschland sich
dem Ausbruche dieses nichts weniger als unparthei-
lichen Schiedsgerichts unter keinen Umständen unter-
werfen würde, so liegt die Sache ungefähr so,
wie mit dem projectirten polnischen Congresse,
dessen Machtsprüche weder Rußland noch Polen